

1. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 24. September 1920, Nr. 305.

Zu den Mehldiebstählen in den Magazinen der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und den Lagerhäusern der Stadt Wien am Handelskai.

Kürzlich hat sich der Gemeinderatsausschuß für die städtischen Unternehmungen unter dem Vorsitz seines amtsführenden Stadtrats VB. Emmerling mit den vor einigen Tagen in der breitesten Öffentlichkeit besprochenen Vorgängen in den Lagerhäusern am Handelskai beschäftigt und einen eingehenden Bericht der Direktion der Lagerhäuser der Stadt Wien über die Mehldiebstähle entgegengenommen.

Zur Beruhigung der Wiener Kaufleute sowie der öffentlichen Meinung überhaupt, konnte von dem Gemeinderatsausschuß festgestellt werden, daß in den Lagerhäusern der Stadt Wien schon seit Jahren alle erdenklichen Vorkehrungen und Kontrollmaßnahmen zwecks Verhinderung von Diebstählen eingeführt sind, so daß Diebstähle in dem Umfange, wie sie in den Mehlmagazinen anderer Lagerhäuser vorgekommen sein sollen, überhaupt ausgeschlossen sind. Die polizeilichen Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen und muß deren Ergebnis abgewartet werden, um feststellen zu können, ob und wie weit bei den Mehldiebstählen auch Arbeiter der Lagerhäuser der Stadt Wien beteiligt waren.

2. Ausgabe.

26. Jahrgang, Wien, Freitag, den 24. September 1920, Nr. 306.

Straßenbahnverkehr zum Flugfeld in Aspern. Wegen der bekannten Betriebschwierigkeiten ist es nicht möglich am 26. d. M. anlässlich der Kunst-, Schau- und Passagierflüge am Asperner Flugfeld einen so dichten Dampfstraßenbahnverkehr zwischen Kagran und Aspern einzurichten wie dies vor dem Kriege geschah. Auf der Dampfstraßenbahnlinie zwischen Kagran und Aspern ist nur ein beschränkter Verkehr möglich; infolgedessen wird der Hauptverkehr der elektrisch betriebenen Linien nach Stadtlau geführt werden und nur eine beschränkte Anzahl von Zügen nach Kagran zum Anschlusse der Dampfstraßenbahnen geschickt, damit die dort ankommenden Fahrgäste mit der Dampfstraßenbahn befördert werden können. Es muß aber auch darauf aufmerksam gemacht werden, daß es mit Rücksicht auf die eingleisige Strecke im 21. Bezirk nicht möglich sein wird, einen Massenverkehr nach Stadtlau zu bewältigen.

Rückkehr der Kinder aus Niederösterreich (Aspernbahn). Am Samstag, den 23. ds. kommen um 1/4 7 Uhr abends am Aspernbahnhof die Karitaskinder aus der Umgegend Asperng, Kirschschiag und Länzenskirchen an. Die Eltern werden ersucht die Kinder bestimmt abzuholen.

WIENER GEMEINDERAT.

Sitzung, vom 24. September 1920.

Bgm. Reumann eröffnet die Sitzung.

Gespendet haben: Präsident Seitz aus der ihm von Louis Hollweg aus Indianapolis überwiesenen Notstandsspende für Wien zur Verteilung an einzelne Notdürftige K 150.000.

Viktor Kless-Gutta, Direktor der Firma Wetzler & Co. aus Anlaß der Aufnahme in den Wiener Heimatsverband für die Armen Wiens 10.000 K.

Herr Knauth, New York zur Speisung armer Kinder Wiens 1875 K.

Hans Schamber, Wien, anlässlich seiner Ziviltrauung für die Armen Wiens 100 K.

Die Hilfsaktion des schwedischen Roten Kreuzes als Spende der Bevölkerung Gotland für die Wiener Arbeitslosen 100 Anweisungen auf Lebensmittel.

Das Wohltätigkeitskomitee der chilenischen Damen von Santiago di Chile für die Armen Kinder der Stadt Wien ein Waggon Kondensmilch.

Das Schweizer Hinderhilfskomitee Wäsche und Kleider für ca. 1.500 Kinder städt. Beamter.

Der Bürgermeister teilt mit, dass ein Antrag des GR. Heider (christl.-soz.) in Angelegenheit der Entlassung des Hilfsarbeiters Käsmayer der Strassenbahndirektion zur Berichterstattung zugewiesen wurde.

Zu den Post-Nummern 2 - 4, 12, 13, 16 - 18 und 23 liegen keine Wortmeldungen vor. Dieselben gelten daher als angenommen. Post 9 über die Neubestimmung der Wassermesserrrenten wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Hierauf wird an die Erledigung der übrigen Tagesordnung geschritten.

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Kosten für die Wahlen in die Nationalversammlung und beantragt, dass die im laufenden Jahre auflaufenden Kosten soweit sie nicht durch den im Voranschlage 1920/1921 eingesetzten Betrag von 1 Million Kronen bedeckt sind, vorläufig bis zum Betrage von 4 Millionen Kronen zu bestreiten und interimistisch gegen seinerzeitigen Rückersatz durch den Staat zu verrechnen. Den Mitgliedern der Wahlbehörden wird eine Verköstigungsgebühr von 50 K gewährt.

Da der zum Worte gemeldete Gemeinderat Rummelhardt (christl.-soz.) im Saale nicht anwesend ist, wird der Antrag debattelos angenommen.

GR. Richter (soz.-dem.) berichtet sodann über die Kosten der Abschriften der Wählerverzeichnisse für die Nationalversammlungswahlen 1920 und beantragt als Ersatz der Kosten für die Abgabe eines auf lithographischem Wege hergestellten Wählerverzeichnisses von ganz Wien einen Betrag von 60.000 Kronen, für das Wählerverzeichnis eines einzelnen Wahlkreises 9000 Kronen einzuheben.

GR. Veugoin (christl.-soz.) Die Wählerlisten sind sehr mangelhaft angelegt. Merkwürdig ist, dass viele Christlichsoziale und Deutschnationale Wähler ausgelassen sind, aber von den Sozialdemokraten fehlen sehr wenige. Insbesondere konnten wir die angenehme Bemerkung machen, dass sich unsere Wehrmacht stark vermehrt hat, sowohl in den Kasernen als auch ausserhalb derselben. Mancher hat sogar innerhalb und ausserhalb der Kaserne das Wahlrecht. Ich erinnere mich an vergangene Zeiten, was haben Sie immer für ein Theater aufgeführt, wieder der Pawelka noch Leiter des Wahlkatasters war. Aber freuen Sie sich nicht so, auch die doppelte Wähleranzahl ist für Sie noch zu wenig. Auch die Photographien von den ungarischen Enthüllungen ziehen nicht recht. (Zwischenrufe: Ganz Wien lecht!) Ich meine daher, dass wir alle Ursache haben, uns über die Akaze Anlage dieser Wählerliste zu beschweren, und ich finde den Preis dafür etwas hoch. Wir haben Gelegenheit gehabt, zum erstenmale sozialdemokratische Wählerlisten zu bewundern und haben gesehen, dass sie nicht genauer sondern noch viel ungenauer sind als früher. Ich bin daher der Meinung, dass wir alle Vorwürfe, die Sie gegen unsere Wählerlisten erhoben haben, in vermehrter Masse zurückgeben können.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) erklärt, dass die Wählerlisten nicht nur sehr viel zu wünschen übrig lassen, sondern geradezu ein Skandal sind. (Rufe bei den Christlichsozialen: Sehr richtig! Ein grosser Skandal! Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Ihre Partei hat Jahrzehntlang von der Kritik an den Wählerlisten gelebt. (Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Und Ihre von den schlechten Listen!) Ihre Aufregung kann uns nicht hindern berechnete Kritik zu üben. Vielleicht sind Sie als Mandatäre gar nicht schuld, aber der Herr Anteführende muss nicht genau geschaut haben, wenn er die Herstellung dieser Arbeiten anvertraut hat.

GR. Haasorfer (Soz.-Dem.): Sie haben in der Geisterstunde Wählerversammlungen am Zentralfriedhof abgehalten.

GR. Rummelhardt (chr. soz.) mag sein, dass Sie sehr viel in der Geisterstunde in Wählerversammlungen sprechen, ob aber mit Geist ist eine andere Frage. Seinerzeit haben Sie die beiden

Beiräten (Rufe bei den Sozialdemokraten: Pawelka!) abgegriffen, weil Sie wussten, dass diese für Ihre Wahlpraktiken nicht zu haben waren. Deshalb haben Sie den Wahl- und Steuerkataster gesprengt und haben patentfertige organisierte Beamten für die Wahlarbeit aufgezogen. (Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Jauchen Sie nicht Herr Kollege Forstner. Sie werden sich doch nicht einbilden, dass das die Arbeit von Beiräten ist. In den Listen fehlten viele Wähler.)

GR. Forstner (Soz. Dem.) Die Listen sind dreifach von Hausen aus angeordnet worden. GR. Rummelhardt (chr. soz.) In den Hauslisten können die Wähler wohl vor aber in der Wählerliste selbst sind sie nicht zu finden. Nicht in Hunderten und Tausenden Pfl. an. (Jämernde Wiedergrün bei den Sozialdemokraten.) Das ist Tatsache. Diese Wählerlisten waren geschrieben, und zwar von organisierten Beamten, während Sie die Geschulten Beiräten in andere Abteilungen gesteckt haben. Unter solchen Umständen können wir nicht das Vertrauen

haben, das es sich bei den mangelhaft angelegten Listen um Schreibfehler handelt, sondern das mit grobem Vorbedacht vorgegangen wurde. Ich möchte auf das allerentschiedenste ersuchen, das die Beamtenschaft des Wahl- und Steuerkatasters weiter bestehen bleibt und nicht Leute aufgenommen werden, um einen politischen Einschlag in die ganzen Wahlvorbereitungen zu bringen. Wenn Sie nach 14 jähriger Herrschaft keine anderen Mittel haben, dann ist das das schlimmste Bekenntnis Ihrer Schwäche. Die Bevölkerung wird doch das richtige Urteil am 17. Oktober haben. (Ironischer Beifall bei den Sozialdemokraten). Wenn Sie auch Applaus klatschen, dieses Urteil wird für Ihre Partei ebenso schlecht sein, wie es Ihre Wählerlisten sind. (Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Skaret (Soz.-dem.) Es gehört eine eiserne Stirne dazu, derartige Vorwürfe gegen die Wählerlisten zu machen. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass eine Wählerliste niemals vollständig einwandfrei sein können. Wenn Sie noch einen Rest von Schamgefühl aufbringen (Zwischenrufe bei den Christlichsozialen)

GR. Rummelhardt: Haltet den Dieb!, dann würden Sie sich auf Ihre Wählerlisten erinnern, die unter dem Protektorat des berühmten Pawelka fabriziert worden sind. Wir haben von unserer Partei jetzt in den einzelnen Bezirken vielleicht 200 bis 250 Reklamationen, wir haben aber auch Bezirke, wo wir nicht einmal 100 oder nicht viel mehr als 100 Reklamationen haben. Unter Ihrer Herrschaft haben wir aber Reklamationen von 2000 und über 2000 gehabt. Da hat einer von Ihnen heute den traurigen Mut, diese Wählerlisten als einen Skandal zu bezeichnen. Wenn Sie Ihre Demagogie zum Fenster hinaus in der Weise betreiben, dann hört jede ehrliche Diskussion mit Ihnen auf. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.- GR. Reismann: Horthy-Banditen! Gekaufte Politiker!)

GR. Vaugoin hat gemeint, wenn man eine Fälschung photographisch reproduziert, dann bleibt es immer wieder eine Fälschung. Wenn es eine Fälschung wäre, dann hätte Herr Kollege Vaugoin vollständig recht. Ich erkläre unter meinem Ehrenworte, dass hier keine Fälschungen vorliegen, sondern der größte Korruptions-skandal. (Stürmische Pfuirufe bei den Sozialdemokraten gegen die Christlichsozialen.- GR. Reismann: Vaugoin, Horthy-Rittmeister!) Ich erkläre, dass die bis jetzt veröffentlichten und die in weiterer Folge zur Veröffentlichung gelangenden Dokumente, die Ihre Partei in den fürchterlichsten Zustände der politischen Ver-lumpung und Korruption nüz zeigen werden, vom ersten bis zum letzten echten Ursprunges sind und echt auch in ihrer ganzen Aufmachung. Die Ablügnungs- und Vertuschungsversuche samt der sauberen ungarischen Gesandtschaft mit ihrem Presse-Chef werden

ihnen nichts nützen. Ich nehme an, dass Sie, die Sie hier sitzen, unschuldig sind. Sie halte ich für unschuldig, aber gegen Ihre engsten Führer liegt ein so reiches Material einer beispiellosen Lumperei, eines beispiellosen Verrates an der Republik und an dem Anschlussgedanken an Deutschland vor, dass man es nicht für möglich hält, dass Ihre Partei noch am Sonntag bei der Demonstration auftreten und sich als warme Anhänger des Anschlussgedankens an Deutschland darstellen konnte. Wer die Kollegen zu der deutsch-nationalen Demonstration geschickt hat... GR....

GR. Angeli (Christl.-soz.): Wir sind selber gegangen, uns hat niemand geschickt, wir sind deutsche Männer!

GR. Skaret: Wenn die Herren Angeli und Vaugoin aus eigenen Antriebe und nicht als Delegierte der christlichsozialen Partei hingegangen sind, dann gelten diese meine Worte als nicht gesprochen. Wenn aber die christlichsoziale Partei nicht nur aus unter dem Verdachte, sondern unter den erwiesenen Argumenten noch jemanden hinschicken und für den Anschlussgedanken Propaganda machen würde, wäre das das schönste, was man von dieser Partei denken kann. Ich erkläre hier, mit meinem Ehrenworte, dass die Dokumente, die bis jetzt veröffentlicht worden sind und die weiter veröffentlicht werden, echt sind vom ersten bis zum letzten.

(GR. Berman: Jawohl, das weiss ich auch.) Nicht Sie sind es, aber Seipel, Funder, Mataja, Weiskirchner, Kunschak, die diesen Verrat an Oesterreich begehen. (Stürmische Rufe bei den Sozialdemokraten) Sie wissen davon, sie kennen die Dokumente und darum steht es ihnen schlecht an, sie ableugnen zu wollen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten).

GR. Wawerka (chr. soz.) führt unter fortwährenden Zwischenrufen von Seite der Sozialdemokraten folgendes aus: Der Glaube Ihrer Partei verblasst und begriffe es, das die Herren sich in einer gewissen Aufregung befinden. Ich will zwar den sehr geehrten Herrn Vordredner nicht auf jenes Gebiet folgen, das mit dem eigentlichen Verhandlungsgegenstand keinen Zusammenhang hat, weil es es aber auf das entschiedenste zurück, das unsere Partei dem Anschlussgedanken an Deutschland jemals feindlich gegenübergestanden ist. (Beifall und Händeklatschen bei den Christlichsozialen) Ich konstatiere hier in dieser Saale, das diejenigen, die den Anschluss gründlich verpöht haben, die Sozialdemokraten gewesen sind. Es war hier Staatssekretär Dr. Bajer, der zu einer Zeit den Anschlussgedanke in der unglücklichsten Weise propagiert hat, wo er von Restroh und aus gewarnt wurde, ihn auf diese Weise zu vertreten. Es ist auch wahr, das wir gegen den Anschluss gehet haben. Wahr ist, das wir genau so wie Sie wissen, das man diesen Anschluss nicht durchsetzen kann mit Gewalt, weil

der Friedensvertrag den Sie mit unterzeichnet haben den Anschluss derselb unmöglich macht und wenn Sie uns in einem Zwischenrufe sagen, Sie führen die Haltung der Reichspost an als Beweis dafür, das unsere Partei dem Anschluss feindlich gegenübersteht, warum sprechen Sie dann nicht, von der Haltung des anderen christlichsozialen Blattes des Deutschen Volksblattes, das von der Ersten Zeit dieser Bewegung an, den Anschlussgedanken kräftig vertreten hat. Ich konstatiere auch tatsächlich, als der Herr Bürgermeister in seiner Antwortrede von Anschluss an Deutschland gesprochen hat, wurde nicht nur von Ihrer Seite sondern auch von der Seite der Deutschnationalen und einer Reihe von meinen Parteigenossen, ich war selbst darunter, Beifall geleistet wurde. Es hat dem Herrn Vordredner beliebt, die Horthydokumente zu erwähnen, er hat Namen genannt, und es wird Sache dieser Männer sein, ihm die gebührende Antwort zu geben. Aber ich konstatiere wieder, das es den Herrn Vordredner nicht möglich war, auch nur einen Schatten eines Beweises zu bringen, das diese Dokumente echt sind. Ich werde mich jetzt auf jenes Gebiet begeben, das eigentlich zur Verhandlung steht, und fürchte sehr, das die Herren vielleicht auch hier in einige Aufregung kommen werden, wenn ich Ihnen Tatsachen dafür anführe wie schlecht diese Wählerlisten gearbeitet sind. Herr Kollege Skaret hat von einer eisernen Stirne gesprochen. Es gehört wohl eine eiserne Stirne und ein trauriger Mut dazu, diese jetzt angelegten Wählerlisten zu verteidigen.

In diesem Augenblicke betritt der GR. Kunschak den Saal. Als die Sozialdemokraten ihn bemerken, rufen sie höhnisch: Hoch Kunschak, Eljen, Eljen! Die Christlichsozialen protestieren heftig und GR. Panosch ruft empört: Ja gehört darf der nicht in den Konsolidat hinein. So eine Komödie war noch nicht da! Ungehört, so etwas ein Konsolidat wird verhöht, wenn er in der Saal kommt, pft! schreit auch! Andere Zwischenrufe bei den Christlichsozialen. (Vorläufer) Da der Herr eine zeitlang anhält, ruft GR. Panosch: Jakob, wo bist du, wach auf! Endlich legt sich die Aufregung und GR. Wawerka setzt seine Rede fort.

GR. Wawerka führt Beispiele an, dass die Sozialdemokraten christlichsoziale Wähler in letzter Monate nur den Wählerlisten herausreklamiert haben, darunter hundert geistliche Schwestern in 10 Bezirk. Das geschah 48 Stunden vor Ende der Reklationsfrist und es war nur ein Zufall, dass es doch noch in letzter Stunde möglich war, diesen Wählerinnen das Wahlrecht wieder zu verschaffen. Angenehmlich hatte der Reklamant kanzlermäßig geglaubt, dass die hinausreklamierten, nicht mehr in der Lage sein werden, sich die erforderlichen Dokumente zu beschaffen. (Die Christlichsozialen rufen wiederholt: Wahlrecht zurück!) Redner erklärt behauptet,

Bei dem nicht nur die Wählerlisten selbst und wohl auch angelegte sind, sondern dass man vermute durch Hinunterreklamation der christlichsozialer Parteigenossen einen eklatanten Wahlrechtsbruch zu begreifen.  
GR. Orlikow (Christl.-soz.) Jetzt sind Sie die Wahlrechtshüter!  
GR. Wawerka: Die sozialdemokratische Partei führt, dass für den Boden unter den Finanzmarkt. Dass die in der Bevölkerung nicht mehr jenen Vorurteil jenseit, wie wir Teil der letzten Wähler (Beifall bei den Christlichsozialen)

GR. Doppel ( Christl.-soz. ) hat gleichfalls die Anlegung der Wählerlisten scharfe Kritik und sagt, die Sozialdemokraten haben die ganze Mühseligkeit und Erbsen ihrer Partei mit Verrat zustande gebracht. ( Stürmischer Beifall bei den Christlichsozialen; die Sozialdemokraten rufen ihnen zu: Horthy-Russaren! Gegenrufe: Bela-Khun-Russaren! ) Die Sozialdemokraten haben schon während des Krieges wiederholt zugesagt, dass es ihr Bestreben war, durch Verrat den Zusammenbruch herbeizuführen Sie haben also gar keine Ursache von Verrat zu sprechen, sondern Sie sollen endlich dafür sorgen, anständige Politik zu machen.

Der Bürgermeister erteilt nun dem GR. Kunschak das Wort.

Auf der linken Seite fällt mitten in anhaltenden Lärm der Zwischenruf: Der Millionen-Kunschak kommt! Große Entrüstung bei den Christlichsozialen, die antworten: Wer hat das gerufen? Wo ist der Schuft, der Feigling? GR. Kunschak: Erst beleidigen, und dann versteckt sich die feige Gesellschaft. Der Lärm dauert noch eine Zeitlang fort, bis endlich Ruhe eintritt und GR. Kunschak sich Gehör verschaffen kann.

GR. Kunschak: Durch eine Sitzung des Verfassungsausschusses war es mir nicht möglich, den Gang der Verhandlungen hier zu folgen und ich bin erst jetzt in Augenblick informiert worden, um was es sich in dieser Debatte gehandelt hat und ich habe nur aus den stenografischen Protokoll den Schluss der Ausführungen des Herrn GR. Skaret auszuheben Gelegenheit gehabt. Gegenüber diesen Ausführungen mögen Herr GR. Skaret und alle übrigen Mitglieder des Gemeinderates zur Kenntnis nehmen, dass ich von den angeblichen Dokumenten, die veröffentlicht worden sind, und von denen, die noch veröffentlicht werden, nicht die geringste Kenntnis habe, insoweit als ich <sup>nicht</sup> <sup>den Inhalt</sup> Gelegenheit hatte, in diesen angeblichen Dokumenten durch die Veröffentlichung in der Arbeiterzeitung Einsicht zu nehmen. Ich erkläre weiter, dass ich jeden, der die Behauptung aufstellt, ich wisse von solchen Dokumenten und deren Inhalt, in öffentlicher Sitzung hier unter der Voraussetzung, dass ich meine Anklage aus dem Abgeordnetenhaus sofort verlangen werde, einen gemeinen Lügner nenne. ( Stürmischer anhaltender Beifall bei den Christlichsozialen. )

Herrn Reumann: Herr GR. Kunschak ich muss Sie zur Ordnung rufen!

Herr Richter ( Soz.-Dem. ) führt in seinem Schlussworte aus: Einer der Herren hat erklärt, dass Christlichsoziale viel häufiger in den Wählerlisten gefehlt haben, als es bei den Sozialdemokraten der Fall war. Die Aufnahme der Wählerlisten hat zur Zeit des Landaufenthaltes stattgefunden und da die Besitzenden unter den Christlichsozialen häufiger sind als bei den Sozialde-

mokraten, ist es selbstverständlich, dass mehr Christlichsoziale als mehr Sozialdemokraten gefehlt haben. Trotzdem haben die Christlichsozialen nur 3000 Reklamationen auf Aufnahme eingebracht, während von den Sozialdemokraten 8000 solche Reklamationen eingebracht werden mussten. Zur Aufnahme in den Häusern war eine Zahl von 448 Beamten notwendig. Da dies zur Zeit der Urlaube war und die Arbeiten im Rathause keine großen Verzögerungen erfahren konnten, war es nicht möglich, so viele Beamte herauszunehmen und es wurden daher 182 Lehrer und 206 städtische Beamte zu den Begehungskommissionen genommen. Von Strassenbahnen ist dahier keine Rede. Zum Abschreiben der Wählerliste wurden 613 Personen gebraucht. Es wurden auch Transkribentinnen während ihres Urlaubes zum Abschreiben der Wählerlisten verwendet. Es hat sich herausgestellt, dass diese viel besser, fleißiger und exakter gearbeitet haben, als so mancher Beamte. Das aber beim Abschreiben auch Fehler entstehen, ist bei der Hast der Arbeit, mit der gearbeitet werden muss, wenn man eine Liste von mehr als einer Million Menschen anlegen muss, ist begreiflich. Der einzige Vorwurf, den Sie der Wählerliste machen konnten, ist der, dass sie schlecht leserlich waren. Das ist die Schuld derjenigen, denen wir sie zum Vervielfältigen geben mussten. Bei den letzten Wählerlisten, die unter Ihrer Herrschaft gemacht wurden, waren 54.000 Reklamationen notwendig, während heuer, trotz der Urlaube, des Landaufenthaltes nur 29.000 Reklamationen eingebracht wurden. Wenn Sie davon abziehen, dass bei 2000 Optionsgesuche noch nicht erledigt sind, so reduziert sich diese Zahl von 29.000 auf 27.000, erreicht also genau die Hälfte der Reklamationen die zu Ihrer Zeit notwendig waren. Wir haben auch die Legitimationen abgeschafft, damit nicht der Schwindel mit denselben betrieben werden kann. Das wir den Wahlkataster aufgelassen haben, erspart uns nicht nur sehr viel Arbeit, sondern auch sehr viel Geld. Es ist uns der Vorwurf gemacht worden, dass von uns die Klosterschwester 48 Stunden vor Schluss des Reklamationsverfahrens herausreklamiert worden sind. Die Christlichsozialen haben sämtliche Wehrmänner 24 Stunden vor Ende der Reklamationsfrist herausreklamiert. Alle diese Reklamationen mussten bis auf einige wenige Fälle abgewiesen werden. Die Wählerlisten waren solange schlecht, als sie in der Hand der Christlichsozialen waren und sie sind erst von dem Augenblicke an besser geworden, als die die Sozialdemokraten in die Hand genommen haben. ( Zustimmung bei den Sozialdemokraten. )

GR. Vaugoin ( Christl.-soz. ) berichtet tatsächlich; Der Herr Referent hat erklärt, dass sämtliche Reklamationen im XIII. Bezirk ergebnislos waren, demgegenüber berichtete ich tatsächlich, dass zahlreiche Reklamationen positiv erledigt wurden. Ferner hat der Herr Referent gesagt, dass Beamten erst

seit der sozialdemokratischen Verwaltung längeren Urlaub bekommen haben. Demgegenüber berichtete ich tatsächlich, dass die längeren Urlaube mit Gemeinderatsbeschluss vom 24. April 1918, also noch von der christlichsozialen Verwaltung hergestellt wurden.

GR. Skaret ( Soz.-dem. ) berichtet tatsächlich: In der Frage der Veröffentlichung von Dokumenten habe ich erklärt, dass Sie in diesem Saale nichts wissen werden und nichts wissen können, dass aber Ihre engeren Parteiführer den ganzen Sachverhalt, die ganze Art und Weise der Bestechungen der Reichspost mit ungarischem Gelde kennen und ich habe Namen genannt, aus denen hervorgeht, dass die Reichspost mit ungarischem Gelde bestochen ist. Darauf erklärte Herr Kunschak, er lege fest, dass er die fraglichen Dokumente nicht kenne. Dass er sie kennt, habe ich nicht behauptet. ( Rufe bei den Christlichsozialen: Aha, Aha! Gegenrufe bei den Sozialdemokraten: Nur warten! ) Ich habe nur gesagt, dass es eine ganz unmögliche Partei wäre, wenn die Führer der Partei nicht wissen oder sich nicht darum kümmern sollten, wo solche Anti-Anschluss-Gedanken in ihrem eigenen Zentralorgan veröffentlicht werden, dass auch Flugblätter in tausenden Exemplaren hergestellt worden sind. Ich habe nicht behauptet, dass Herr Kunschak von einem diplomatischen Notenwechsel zwischen Wien und Budapest Kenntnis hatte, sondern dass er von der ganzen Bestechungsaffäre, unbedingt Kenntnis gehabt haben müsse. Wäre das nicht der Fall, so wäre Herr Kunschak der erste Obmann einer Partei, der nicht weiss, welche Tendezen in seiner Partei hervortreten. ( Beifall bei den Sozialdemokraten. )

GR. Kunschak entgegnet, dass er gegenüber den Schlussausführungen Skarets, wie sie das stenografische Protokoll verzeichne, seine Behauptung aufrecht erhalte und von ihr nicht das geringste zurücknehme.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag angenommen.

GR. Richter ( Soz.-Dem. ) berichtet über die Erhöhung der Benützungsgebühren für die Bedürfnisanstalten.

GR. Rotter ( Christl.-soz. ) verweist auf die ungünstige Situation der Anstalt am Kaiser Ferdinandsplatz und wünscht die Verlegung dieser Anstalt.

Der Referent erwidert, dass alle solche Wünsche gegenwärtig an den wahn sinnigen Preisen scheitern. Die Anträge werden genehmigt.

GR. Siegel ( Soz.-Dem. ) berichtet über einen Zuschusskredit von 450.000 Kronen für die Erhaltung der Kanäle.

GR. Ullreich (chr. soz.) gibt dem Wunsche eines großen Teiles der Ottakringer Bevölkerung Ausdruck, den Bau des Ottakringer-Bachentlastungskanal in der Neulerchenfelderstraße möglichst zu beschleunigen und den Tramwayverkehr dortselbst ehestens wieder aufzunehmen.

GR. Rotter (chr.-soz.) geht darauf hin, daß die Kanäle im Westen Wiens infolge der Abholzung des Wienerwaldes nicht mehr hinreichen die Regenwasser aufzunehmen und will auch diese Gelegenheit benutzen, um den Bürgermeister zu fragen, was er veranlasst habe, energisch gegen den Holzdiebstahl im Wiener Walde aufzutreten.

GR. Siegel (Soz. Dem.) erklärt gegenüber den Ausführungen des GR. Ullreich, daß er selbst den langsamen Fortschritt der Bauarbeiten bei dem Ottakringerbachentlastungskanal bedaure, doch seien daran die ungeheuren technischen Schwierigkeiten und zum Teile auch der Baustoffmangel schuld. Der elektrische Straßenbahnverkehr in der Neulerchenfelderstraße werde in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder eingeführt werden. Sodann wird der Referentenantrag angenommen.

StR. Siegel berichtet über die Vollzugsanweisung betreffend die Herstellung und Benützung von Dachbodenwohnungen und betont, daß infolge der Befreiung der Baugründung von allen Unbequemlichkeiten infolge der Wohnungsnot die Möglichkeit gegeben ist, die bestehenden Dachbodenräume zu Wohnzwecken zu verwenden. Es geschieht dies auch unter anderem über Aufforderung der Regierung, die eine diesbezügliche Verordnung erlassen hat. Die Herstellung von Wohnungen in Dachbodenräumen sind nur unter verschiedenen Voraussetzungen zulässig. Sie sollen nur in solchen Häusern hergestellt werden, die im Bau-, Gesundheits- und feuerpolizeilicher Beziehung dazu geeignet sind. Diese Wohnungen sollen unmittelbar über den letzten Geschoß liegen. Durch diese Bestimmung soll verhindert werden, daß ober einem Dachbodenraum noch eine Dachbodenwohnung gebaut wird. Die lichte Höhe der Räume ist mit 2.6 m festgesetzt; die Wohnungen sind feuersicher gegen den Dachbodenraum abzuschließen und gegen Kälte und Hitze entsprechend zu sichern. Der Berichterstatter bemerkt, daß er nicht glaube, daß diese Vollzugsanweisung einen mannenswerten Effekt haben werde und gibt zu, daß der Antrag einigermaßen verbesserungsbedürftig ist.

GR. Biber (chrätl.-soz.) verweist, dass Mansardenwohnungen im Ausland, beispielsweise in Paris gang und gäbe sind, ihre Einführung also in Wien nichts ungewöhnliches wäre. Wohl aber müsste man trachten, dass mit der Schaffung von Dachbodenwohnungen der Wohnungsnot tatsächlich abgeholfen werde. Demgegenüber erklärt nun der Referent, dass er sich von der ganzen Neuerung

nicht viel verspreche. Nach Redners Ansicht hätte die Gemeinde lieber einige kostspielige Neubauten unterlassen und um das betreffende Kapital hunderte von Dachbodenwohnungen schaffen sollen. Es sei auch zu bedauern, dass dem Gemeinderate wegen der finanziellen Regelung keine Vorlage unterbreitet wurde. Redner stellt schliesslich eine Reihe von Abänderungsanträgen technischer Art und bittet um deren Annahme.

GR. Dr. Ehrlich (jüd. nat.) führt aus, dass die Voraussetzung daher einer Bautätigkeit die Rentabilität sei. Es müsse für solche Dachwohnungen eine weitgehende und langfristige Steuerfreiheit eingeführt werden, die zumindest bis zur Amortisierung der aufgewendeten Kosten anhalten müsse. Er frage daher, ob mit dem Staatsamte für Finanzen in diesem Sinne Verhandlungen stattgefunden haben. Weiters müsse die Gemeinde fördernd eingreifen, nicht nur dadurch, daß sie den Hausherrn Gelegenheit gibt, sich Material zu verschaffen, sondern, daß sie ihm auch die Zufuhr erleichtert und in der Frage der Kreditbeschaffung etwas veranlasst.

VB. Hoss übernimmt den Vorsitz.

GR. Gabriele Walter (christl.-soz.) betont, dass auch hinsichtlich der inneren Einrichtung der Dachbodenwohnung gewisse Voraussetzungen gegeben werden müssen, damit sie ihren Zweck erfüllen, und regt an, bei dieser Gelegenheit in Wien die Type der Wohnküchen zu versuchen. Sie stellt schliesslich den Zusatzantrag: In den neuherzustellenden Dachbodenwohnungen sind Schränke und Truhen einzubauen und Klappische anzubringen.

StR. Siegel (Soz.-Dem.) bemerkt in seinem Schlusswort, dass mit der Verordnung wohl die technischen Voraussetzungen für die Produktion an Dachbodenwohnungen gegeben sind, dass aber die finanziellen Voraussetzungen fehlen. Auch die Steuerfreiheit würde die Baulust der Dachbodenwohnungen nichts besonders fördern. Mit den Abänderungsanträgen des GR. Biber erklärt sich der Berichterstatter einverstanden, und bittet dieselben anzunehmen. Den Antrag Walter kann er nicht zur Annahme empfehlen, weil es zu weit gehen würde, denn ~~er~~ <sup>Erbauern</sup> an diesen Dachbodenwohnungen auch Vorschriften bezüglich des Interieurs zu machen; der Antrag könne der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt werden.

Bei der Abstimmung wird der Referentenantrag mit den Abänderungsanträgen Biber angenommen, der Antrag Walter genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

Vize-Bgm. Emmerling berichtet über die Erhöhung der Tarifgebühren der Lagerhäuser und des Kühltagerhauses und motiviert sie mit den höheren Verwaltungskosten.

GR. Feldmann (deutschnat.) befürchtet von den Tarifierhöhungen auch eine Steigerung der in den Lagerhäusern befindlichen Lebensmittel.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

V.-Bgm. Emmerling berichtet weiters über die Erhöhung der Mietgebühren der Elektrizitätszähler um 100%.

GR. Schmid (Christl. Soz.) bemerkt, dass durch diese Erhöhung wiederum die kleinen Haushalte betroffen werden und beantragt, die Erhöhung auf die neuen Elektrizitätszähler zu beschränken, die alten Stromabnehmer jedoch davon auszunehmen.

Der Referentenantrag wird unverändert angenommen, der Zusatzantrag mit Schmid, nachdem sich der Referent dagegen ausgesprochen, abgelehnt.

V.-Bgm. Emmerling berichtet über die Elektrisierung der Dampfstrassenbahnlinie Mauer-Mödling und stellt die bekannten Anträge.

GR. Feldmann (deutschnat.) begrüsst das vorliegende Projekt und möchte diese Gelegenheit benützen um auf verschiedene Unzukömmlichkeiten bei den Strassenbahnen aufmerksam zu machen. Zunächst bemängelt er die Unhöflichkeit, welche bei einem Teile der Schaffner sich bemerkbar mache und meint, dass dieses zum Teil wohl auf die Abschaffung der Nummern zurückzuführen sei, er wolle daher anregen, die Nummerierung wieder einzuführen. Ferner erinnert Redner daran, dass im Gemeinderate einmal beschlossen wurde die „F“-Linie zu verlängern, dieser Beschluss sei aber nicht zur Durchführung gekommen. Er möchte daher den Referenten bitten, dass die im Gemeinderate gefassten Beschlüsse auch zur Durchführung kommen.

Schliesslich beantragt er, es möge ehestens die zwischen der Währingerstrasse und dem Kai bestandene „K“-Linie wieder eingeführt werden.

V.-Bgm. Emmerling sagt in seinem Schlussworte, dass die Elektrifizierung der Linie Mauer-Mödling spätestens im März-Frühsommer beendet sein werde.

Die Ausführungen des GR. Feldmann beantwortet er dahin, dass in kürzester Zeit die Nummern bei den Strassenbahnschaffnern wieder zur Einführung gelangen werden. Die „K“-Linie sei sehr unrentabel und könne erst wieder in Betrieb gesetzt werden, sobald der Strom- bzw. Kohlenpreis sich verringert haben werde.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen, der Antrag des GR. Feldmann genügend unterstützt und der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

StR. Speiser (Soz. Dem.) legt sodann den Kollektivvertrag für die Arbeiter der städtischen Leichenbestattung vor.

GR. Gabriela Walter (chr. soz.) benähigt die Differenzierung der Entlohnung der weiblichen und männlichen Bediensteten und bittet den Referenten in Zukunft den Grundsatz gelten zu lassen, „gleiche Arbeit, gleicher Lohn“ und bei ungleicher Arbeit die Differenzierung in ein entsprechendes Verhältnis zu stellen. Schließlich stellt sie die ~~aktuelle~~ Frage, warum entgegen der bisherigen Gepflogenheit die Arbeitskleider nach Ablauf der Tragdauer abgeliefert werden müssen.

GR. Speiser bemerkt, daß nicht gleiche Arbeit vorliegt und daß durch die von der Arbeiterschaft festgesetzte Differenzierung bestimmt ist, in welche Kategorie die Betroffenen zu fallen haben. Bezüglich der Arbeitskleider wird in allen Verträgen deren Abführung angestrebt werden. Es haben sich durch die Ueberlassung der Arbeitskleider nach einer zu kurzen Abnutzungsdauer Unzukömmlichkeiten ergeben und es muß auch hier größte Sparsamkeit geübt werden.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Speiser berichtet sodann über die Neuregelung der Versorgungsrenten der Abspensionisten der Straßenbahner und der ersten Truppe des 1. Kollektivvertrages, welche nach den Wünschen der betreffenden Kategorien erfolge.

GR. Haider (chr. soz.) wünscht, daß endlich das neue <sup>Pensions-</sup>Statut für die Straßenbahner zur Vorlage gelange und stellte einen Antrag, auf bessere Dotierung der Doppelwaisenkinder.

Der Referent führt aus, daß wegen des neuen Pensionsstatutes Verhandlungen, die nicht leicht seien, in Gange sind. Der Antrag Haider würde eine Änderung des ganzen Pensionssystems bedeuten, es sei daher besser auch in Zukunft bei der bisherigen Uebung zu bleiben auf dem Wege von Aushilfen in berücksichtigungswerten Fällen die nötige soziale Vorsorge zu treffen.

Die Anträge des Referenten werden sodann unverändert angenommen.

GR. Speiser berichtet weiters, über die einmalige Zuwendung an die städtischen Pensionisten analog den staatlichen Zuwendungen.

GR. Paulitschke (chr. soz.) spricht über das traurige Los der Pensionisten und stellt den Antrag, die Pensionisten endlich mit den Aktiv-Dienenden gleich zu stellen und dies schon bei der Bemessung der einmaligen Zuwendung durch die gleiche Höhe wie sie den Aktiv-Dienenden gewährt wurde, zum Ausdruck zu bringen.

GR. Feldmann (Deutschnat.) schließt sich diesen Anträge an.

GR. Speiser (Soz. Dem.): Die Pensionisten der Gemeinde Wien sind tatsächlich besser gestellt, als die des Staates. Sobald die Gemeinde Wien ihre Steuerhoheit haben wird, dann werden wir sie

noch besser stellen können. Ich möchte mir nur zu bemerken erlauben, daß die <sup>Pensionisten</sup> ja schon werden, wenn wieder einmal in der Gemeinde Wien Steueranträge kommen, gegen die die Herren Sturm laufen, wer diejenigen sind, die es verhindern, daß sie höhere Bezüge bekommen.

Die Abänderungsanträge werden abgelehnt, der Referentenantrag angenommen.

GR. Speiser berichtet über die Lohnerhöhungen für die Bediensteten der städtischen Sommerbäder.

GR. Angelic (chr. soz.): Möchte auf einige Ungleichheiten hinweisen. Diese treten am krassen bei den Kassierinnen hervor, die 180 K per Woche bekommen sollen und die Hilfsarbeiter bekommen dasselbe. Es sei doch ein Unterschied zwischen einer Kassierin, die eine große Verantwortung habe und einen Hilfsarbeiter. Hier sehe man die Ungerechtigkeit, denn da sei nicht für gleiche Arbeit die gleiche Entlohnung. Ebenso verhalte es sich auch bei den Badedienern und Badedienstlerinnen. Letztere seien, obwohl sie mehr Arbeit leisten müssen, schlechter bezahlt.

GR. Preyer (christl. soz.) findet es eigentümlich, dass man für die Bediensteten der Sommerbäder erst am 24. Oktober einen Bericht über ihre Entlohnung vorlegt. <sup>Er</sup> ~~ich~~ glaube, dass da auch ein bisschen Wahltechnik mitspielt. Es wäre genügend Zeit gewesen, die Angelegenheit vor den Gemeinderatsferien rechtzeitig vorzubringen, damit diese Angestellten nicht zulange warten müssen.

StR. Speiser betont in seinen Schlussworten noch einmal, dass wie viele andere Referate des Stadtssenates aus den Sommerferien auch dieses erst jetzt zur Erledigung gelangt. Uebrigens wurden die betreffenden Forderungen erst Anfangs August überreicht. Die Vorlage ist nach Ansicht des Vorredners zu spät gekommen, weil es sich um Sommerbäder handelt, sie ist aber auch zu früh gekommen, weil der Herr Gemeinderat meint, es ~~handelt sich~~ stehe die Vorlage mit den Wahlen im Zusammenhang.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Grünwald berichtet noch über die Ueberlassung der Villa Vergani in Emmersdorf an die deutschösterreichische Schriftsteller-genossenschaft unter den bekannten Bedingungen. Seine Anträge werden unverändert genehmigt.

Das Referat wegen des Sportplatzes im 19. Bezirk wird von der Tagesordnung abgesetzt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.